JUSOS OBERFRANKEN

Jusos in der SPD

September 2009

Ausgabe III / 2009

Rotes Bläddla

In dieser Ausgabe:

Aus dem Bezirks-/ Landesverband	2-3
Zitat der Ausgabe: Jürgen Rüttger, CDU	3
Schnelles Internet für Oberfranken	4
Reform des BAFöG	5
SPNV in Oberfranken	5
Aktives Handeln gegen Rechtsextremismus	6
Kalender	7
Arbeit und Ausbildung - Für gute Arbeit und Perspektiven	8
Für ein modernes Familienbild und qualifizierte Betreuung	9
Kein Ausstieg aus dem Ausstieg - für eine sichere Zukunft	11
Die Bundestagswahl am 27. September 2009— wie geht´s?	12

Schwerpunkt der nächsten Ausgabe:

„Deutschland nach der Wahl - wohin geht die Reise?“

Liebe Leserin, lieber Leser!

Am 27. September finden die Wahlen für den deutschen Bundestag statt. Dabei geht es um die Frage, wie Deutschland künftig regiert werden soll. In den Medien ist immer wieder zu hören bzw. zu lesen, dass es insbesondere zwischen Union und SPD keine Unterschiede gebe und dass irgendwie kein richtiger Wahlkampf stattfinde.

Letzteres ist richtig, da Bundeskanzlerin Merkel offensichtlich abgetaucht ist. Insbesondere seit den Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen, wo die CDU 13 bzw. 11,8 Prozent verloren hat, ist von Merkel nicht mehr viel zu sehen und zu hören. Auch hält sich die Union bedeckt, wie sie ihr Steuersenkungsversprechen nach der Wahl finanzieren und wo sie den Rotstift im sozialen Bereich ansetzen will.

Aber wir dürfen uns hier nicht über die vorhandenen Unterschiede hinwegtäuschen lassen - die Wahl am 27. September ist eine Richtungsentscheidung:

- Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von mind. 7,50 Euro pro Stunde, weil es nicht sein kann, dass Menschen trotz Erwerbstätigkeit auf dem Sozialamt Ausstockung beantragen müssen. - CDU/CSU lehnen dies ab!
- Wir halten am Atomausstieg fest, weil wir uns eine gute und keine „strahlende“ Zukunft wünschen. Krümmel, Asse und Gorleben zeigen, dass Atomkraft eine Risikotechnologie ist. - CDU/CSU wollen die Laufzeiten der AKWs hingegen verlängern!
- Wir kämpfen für ein gerechteres Bildungssystem und für ein gebührenfreies Studium, weil Bildung für uns ein Grundrecht und keine Ware ist. - CDU/CSU halten an Studiengebühren und sozialer Auslese an den Schulen fest!
- Wir setzen uns für den Erhalt des Kündigungsschutzes und der Tarifautonomie ein, denn die ArbeitnehmerInnen brauchen diesen verlässlichen Schutz. - CDU/CSU wollen dies zusammen mit der FDP schleifen!

Dies sind nur vier Punkte aus einer langen Liste voller Unterschiede.

Wir können unsere Vorhaben und Ziele jedoch nur umsetzen, wenn die SPD mit einem starken Ergebnis aus der Bundestagswahl am 27. September hervorgeht.

Deshalb: Unterstütze uns, geh am 27. September zur Wahl und gebe beide Stimmen der SPD!

Dein Oliver Jauernig

Vorsitzender Jusos Oberfranken

AUS DEM BEZIRKSVERBAND - Tag der Demokratie 2009 in Wunsiedel

Am 15. August war es wieder soweit: Die Menschen in Wunsiedel feierten den inzwischen fünften **„Tag der Demokratie“** um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und für eine friedliche, gerechte und tolerante Gesellschaft zu setzen. Natürlich waren auch wir Jusos wieder mit von der Partie. In diesem Jahr beteiligten wir uns unter dem Motto „Wirf Rechtsextremismus raus“ mit einem Dosenwerfen der anderen Art an dem bunten Fest. Diesmal galt es mit möglichst wenigen Würfen, die verschiedenen Elemente einer rechtsextremen Einstellung umzuwerfen, welche zuvor auf die Dosen geklebt worden waren - darunter unter anderem Nationalismus, Revisionismus, Rassismus, Antiparlamentarismus und Sexismus. Auf zehn Plakatständern wurden die verschiedenen Begriffe dann genauer erläutert. Während das Dosenwerfen eher das jüngere Publikum begeisterte, stießen die aufgestellten Infotafeln bei den Erwachsenen auf reges Interesse.

Im weiteren Tagesverlauf eröffnete der Bezirksvorsitzende der Jusos Oberfranken, Oliver Jauernig, die Ausstellung „Das Versteckspiel“ und klärte in einem kurzen Einführungsvortrag über aktuelle Dresscodes und Symbole der rechtsextremen Szene auf. Auch hier zeigte sich das Publikum im vollbesetzten Rathaussaal beeindruckt von den aktuellen Entwicklungen. „Es gibt heute nicht weniger Rechtsextremismus als früher,“, so das Fazit des Referenten, „er gibt sich nur nicht mehr unbedingt so leicht zu erkennen.“ Hier müsse man inzwischen genauer hinsehen.

Mit ihrem diesjährigen Beitrag zum „Tag der Demokratie“ schlossen die Jusos Oberfranken nahtlos an die Aktion „Gesicht zeigen!“ und die Ausstellung über die Konzentrationslager in Auschwitz aus den Vorjahren an, welche mit Unterstützung des Landesverbandes der Jusos Bayern durchgeführt worden sind.

Und auch im kommenden Jahr wird es dann zum sechsten „Tag der Demokratie“ wieder heißen: Wir sind dabei!

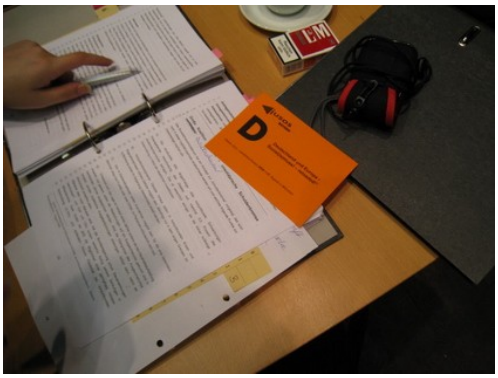
AUS DEM LANDESVERBAND - Neues von den Jusos Bayern

Ein arbeitsintensives Wochenende haben die Aktiven der Jusos Bayern vom 28.-30. August 2009 hinter sich gebracht.

Los ging es am Freitag mit einer Sitzung des Juso-Landesvorstands. Neben der Vorbereitung der Kleinen Landeskonferenz standen unter anderem auch die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes und die Planung der nächsten Seminare und Publikationen auf der Tagesordnung.

Am nächsten Morgen ging es dann gleich mit der Kleinen Landeskonferenz weiter, in deren Verlauf über die noch offenen Anträge der ordentlichen Juso-Landeskonferenz beraten wurde. Dabei wurden auch etliche Anträge der Jusos Oberfranken aufgerufen. Darunter unter anderem ein Antrag in welchem die oberfränkischen Jusos ein kostenfreies warmes Mittagessen an bayerischen Schulen fordern. Weitere Anträge befassten sich mit der Forderung nach einem Studienstarter-Kit, welches Studierende unabhängig vom Einkommen der Eltern zum Studienbeginn mit einmalig 750 Euro unterstützen soll, dem zukunftsfähigen Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) und einer Angleichung der Sommerferien für SchülerInnen um den Wechsel zwischen benachbarten Bundesländern zu erleichtern. Leider konnten sich die oberfränkischen Jusos hier nicht mit allen Anträgen durchsetzen. Neben den inhaltlichen Themen wurde auch über die zukünftige Ausgestaltung der kleinen Landeskonferenzen beraten.

Den Abschluss bildete an dem Wochenende die Veranstaltung „Bei uns geht´s um die Wurst“. Bei dieser Veranstaltung, welche gleichzeitig den Auftakt für die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes einläutete, wurde mit Vertretern befreundeter Organisationen über Themen wie z.B. Datenschutz, gute Ausbildung und Umwelt diskutiert. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden dabei unterschiedliche Einzelaspekte intensiver diskutiert. Den Abschluss bildete ein gemeinsames Grillen, welches noch ausreichend Zeit für Diskussionen und persönliche Gespräche geboten hat.



ZITAT DER AUSGABE: Jürgen Rüttgers, CDU

Wieder einmal bedient Jürgen Rüttgers, CDU-Ministerpräsident von NRW, im Wahlkampf fremdenfeindliche Klischees und erweist sich als geistiger Brandstifter, welcher dem rechten Rand zuspielt. Das letzte Mal waren es die Inder („Wir brauchen Kinder statt Inder.“), diesmal sind es die Rumänen, wie der Auszug aus einer Wahlkampfrede am 26.08.09 zeigt:

"Und im Unterschied zu den Arbeitnehmern im Ruhrgebiet kommen die Rumänen nicht morgens um sieben zur ersten Schicht und bleiben bis zum Schluss da. Sondern sie kommen und gehen, wann sie wollen, und sie wissen nicht was sie tun."

SCHNELLES INTERNET FÜR OBERFRANKEN

von Sebastian Geiger

Wir Jusos fordern eine effektive und zügige Erschließung des ländlich geprägten Oberfrankens mit schnellem Internet!

Kaum eine Erfindung der letzen 50 Jahre hat unser Leben so entscheidend verändert wie das Internet. Zunächst nutzte nur eine kleine Minderheit das Internet. Heute sind es in Deutschland ca. 64 % der Bevölkerung - Tendenz steigend! Neben den klassischen Diensten wie das Abrufen von Internetseiten oder das Schreiben von E-Mails ist mittlerweile sogar das Telefonieren und das Fernsehschauen über das Internet möglich. Generell scheinen die Möglichkeiten des Internets nahezu unbegrenzt. Die Voraussetzung, damit man die breite Platte des Internetangebots auch nutzen kann, ist allerdings ein ausreichend schneller Internetzugang. Doch gerade ländliche geprägte Gebiete wie Oberfranken haben meist keine oder nur eine unzureichende Breitbandanbindung. Schätzungen zufolge sind bundesweit rund 5 Millionen Menschen noch komplett vom schnellen Internet abgeschnitten.

Die Internetdienstleister investieren nur dort in schnelle Internetanschlüsse, wo sie eine möglichst große Anzahl an EndkundInnen vermuten. So kommt es, dass große Städte mit einer hochmodernen „Datenautobahn“ versorgt werden, während die BewohnerInnen ländlicher Gebiete noch immer auf eine ähnliche DSL-Anbindung warten. Dieser Entwicklung kann man nur mit einer konsequenten Förderpolitik entgegen wirken. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass BewohnerInnen ländlicher Regionen derart benachteiligt werden! Auch für viele Unternehmen ist die Qualität der Internetanbindung zu einem wesentlichen Standortfaktor geworden.

Die Breitbandversorgung ist daher kein Problem des Einzelnen, sondern eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die ehemalige CSU-Alleinregierung in Bayern hat sich jedoch lange geweigert dies anzuerkennen. Nicht zuletzt hat man großspurig EU-Gelder mit dem Hinweis „das regelt der Markt alleine“ abgelehnt. Mittlerweile hat aber auch die bayerische Staatsregierung erkannt, dass Förderprogramme dringend nötig sind. Doch leider werden die Programme den Problemen nicht gerecht. Aus diesem Grund wurden von den bayerischen Kommunen auch bislang nur 1,3 Millionen Euro (Stand Mai 2009) der insgesamt 38 Millionen abgerufen. Wir fordern daher eine umgehende Änderung der so genannten Breitbandrichtlinie:

Eine flächendeckende Breitbandversorgung ist heute Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge!

Schnelles Internet, welches seinen Namen auch verdient: Laut der Breitbandrichtlinie sind bereits Übertragungsgeschwindigkeiten von 1 Mbit pro Sekunde ausreichend, um der Definition von schnellem Internet zu entsprechen. Eine solche Definition ist nicht mehr zeitgemäß! „Schnelles Internet“ muss seinem Namen auch gerecht werden. Daher fordern wir die Anhebung der Definition auf 20 Mbit/Sekunde. In einigen Regionen wird eine derartige Übertragungsgeschwindigkeit technisch leider nicht möglich sein. In solchen Fällen sollte von dieser Definition abgesehen werden und das technische Optimum als Richtwert angenommen werden.

Erhöhung der Förderquoten: Viele finanzschwache Kommunen sind nicht in der Lage die Investitionssummen zu stemmen. Wir halten eine Fördequote von mindestens 50 % aber höchsten 90 % der Investitionssumme für angemessen. Die Förderquote soll sich nach der Finanzstärke der jeweiligen Kommune richten. Die Maximalförderung soll unserer Ansicht nach auf 150.000 Euro pro Maßnahme (250.000 Euro bei Pilotprojekten) erhöht werden.

Entbürokratisierung des Verfahrens: Es ist nicht zumutbar, dass eine vorgeschriebene Bedarfsanalyse bis zu einem Jahr dauert und erhebliche Kosten verursacht. Nur ein möglichst unbürokratisches Förderverfahren ist für die Kommunen auch attraktiv.

Die Kommunen entscheiden selbst über die Technologie: Egal ob Glasfaserkabel, Satellit, UMTS, WiMAX oder eine anderer Technologie die Kommune soll selbst entscheiden, welches System zu ihrer Struktur am besten passt. Bislang mussten die Kommunen technologieneutral ausschreiben und anschließend das günstigste Angebot annehmen oder eben auf eine Breitbandanbindung verzichten.
Der Bund muss bei den Verhandlungen um Zuschüssen zu den Länderprogrammen deutlich machen, dass es nur bei einem effektiven Förderprogramm, wie wir es fordern, bereit ist, entsprechende Mittel bereit zu stellen.

(Sebastian Geiger)

REFORM DES BAföG

von Franziska Bartl

Wir Jusos fordern ein flexibles, bedarfsdeckendes und elternunabhängiges Bafög sowie eine schnellere, effektivere Bearbeitung der BAföG-Anträge!

Wir Jusos setzen uns seit langer Zeit für einen Ausbau des BAföG ein. Die BAföG-Erhöhung im Jahr 2008, bei der die Bedarfssätze um zehn Prozent und die Freibeträge um acht Prozent gestiegen sind, war für uns Jusos ein kleiner Erfolg auf dem Weg zu einem gerechteren BAföG.

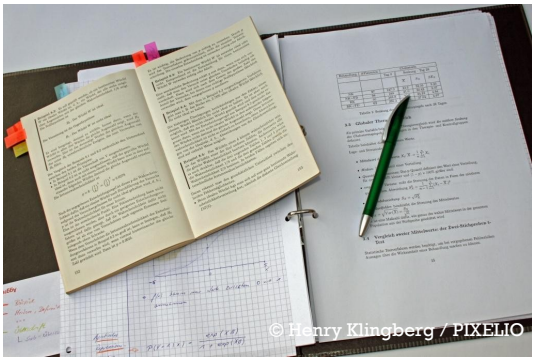
Dieser Schritt reicht uns aber noch nicht! Die BAföG-Erhöhung des Jahres 2008 deckt nur die Preiserhöhungen zwischen 2002 und 2007 ab und ist damit nur ein Mindestmaß an Zugeständnis gegenüber den BAföG-EmpfängerInnen.

Außerdem wurde keine generelle Regelung getroffen, nach der die BAföG-Sätze an die jährlichen Lohn- und Preisentwicklungen angepasst werden. Wir Jusos halten eine solche Regelung aber für unbedingt notwendig:

BAföG ist für viele Studierende die einzige Möglichkeit, ein Studium zu finanzieren. In vielen Studiengängen ist es zudem unmöglich, Finanzierungsengpässe durch Jobben auszugleichen. Entspricht das BAföG also nicht den tatsächlichen Lebenshaltungskosten, hat dies dramatische Folgen für die Studienfinanzierung.

Eine weitere BAföG-Erhöhung ist erst für das Jahr 2010 vorgesehen, da erst dann der nächste Bericht des BAföG-Beirats erwartet wird. Dies ist für uns Jusos nicht hinnehmbar: Eine weitere BAföG–Erhöhung darf aufgrund der schwierigen Lebensrealität vieler Bafög-Empfänger nicht auf die lange Bank geschoben werden!

Aus diesem Grund fordern wir Jusos ein flexibles, bedarfsdeckendes und



elternunabhängiges Bafög, das langfristig zu einem vollen Studienzuschuss wird. Außerdem muss eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge erfolgen, damit finanziell ungedeckte Wartezeiten von vornherein ausgeschlossen werden können. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, weiter ihr Potential zu verschenken. Das Studium muss deswegen allen ermöglicht werden.

Dies kann nur eine Forderung nach sich ziehen: Volle BAföG-Unterstützung für alle, die es benötigen und eine regelmäßige Anpassung des BAföG an die Lebenshaltungskosten!

(Franziska Bartl)

SPNV in Oberfranken

Wer als Jugendlicher in Oberfranken schon mal versucht hat, mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) von einer Party heimzukommen, wird das kennen: meist nach 18:00 Uhr, spätestens aber nach 22:00 Uhr geht nichts mehr. Auch in Bayreuth und Bamberg ist nach Mitternacht Schluss. Aber nicht nur PartygängerInnen werden hier vor große Probleme gestellt. Dieselben Erfahrungen machen viele Auszubildende und PendlerInnen, welche früh am Morgen auf die Arbeit müssen und erst spät am Abend nach Hause fahren können. Auch hier ist der ÖPNV häufig keine Alternative zum eigenen PKW.

Aus diesem Grund fordern wir Jusos den Ausbau des SPNV in Oberfranken!

Hierzu gehört neben einer Taktausweitung und -verdichtung auch die Reaktivierung mehrerer Bahnstrecken, so zum Beispiel der Höllentalbahn von Blankenstein nach Marxgrün, der Strecke Weidenberg-Warmensteinach, und der Werratalbahn als Zubringer für den künftigen ICE-Bahnhof Coburg. Gleiches gilt für die Strecke Aš-Plößberg, welche auch im Güterverkehr eine wichtige Rolle spielt, da zur Zeit noch viele Güter in Aš auf die Straße umgeladen werden.

Dort, wo sich der Wiederaufbau von Bahnstrecken wirtschaftlich nicht rechnet, muss das Busangebot ausgeweitet werden und ein vernünftiges Bus-Zug-

Fortsetzung: SPNV in Oberfranken

von Benny Kießling

Konzept entwickelt werden, um beide Verkehrsträger sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

Ein weiteres Problem, welches Oberfranken als Randregion Bayerns hat, ist die regionale Gültigkeit des sog. Bayerntickets. Hier fordern wir eine Ausweitung des Geltungsbereiches, so dass ein Bayernticket z.B. auch auf der Verbindung Hof - Plauen gilt.

Aus touristischer Sicht wäre eine Reaktivierung der Oberen Steigerwaldbahn von Bamberg nach Schlüsselfeld zu überdenken, vor allem wenn der Steigerwald zum Nationalpark werden sollte.

© Rainer Sturm / PIXELIO

In Oberfranken wurden seit den achtziger Jahren mehrere Strecken stillgelegt und Hunderte Kilometer Gleise zurückgebaut. Wir fordern eine Umkehr dieser verfehlten Verkehrspolitik.

Auch im Fernverkehr muss einiges getan werden. Hof und Bayreuth dürfen nicht länger abgehängt werden und auch in die Tschechische Republik muss es wieder einen attraktiven Fernverkehr geben, damit Oberfranken nicht länger eine Randregion in Mitten Europas bleibt.

Aktives Handeln gegen Rechtsextremismus

von Oliver Jauernig

Wir Jusos fordern ein aktiveres und breiter aufgestelltes Handeln gegen Rechtsextremismus in Oberfranken

Auch in Oberfranken gibt es rechtsextreme Strukturen. Auch in Oberfranken finden immer wieder rechtsgerichtete Veranstaltungen, Demonstrationen und Konzerte statt. Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darf daher nicht allein auf die neuen Bundesländer verwiesen werden – vielmehr muss das Engagement gegen Rechts vor der eigenen Haustür beginnen.

Auch wenn die rechtsextreme Szene auch in Oberfranken aktuell aufgrund der internen Streitigkeiten in der NPD gespalten ist und dadurch die Anzahl der Aktivitäten in Oberfranken rapide abgenommen hat, so kann und darf hier noch keine Entwarnung gegeben werden. Welches Potenzial die rechtsextreme Szene in Oberfranken hat, zeigen beispielsweise allein die über neunzig rechtsextremen Veranstaltungen, welche 2007 im Bezirk stattgefunden haben. In diesem Jahr sind es - trotz der genannten Streitigkeiten - bereits um die vierzig.

Schwerpunkte rechtsgerichteter Aktivitäten sind nachwievor Gräfenberg und Hochfranken. Die Vorfeldorganisationen der NPD in Coburg (Coburger Runde) und Kronach (Patriotische Runde Kronach) haben ihre Arbeit zwischenzeitlich eingestellt bzw. treten derzeit zumindest nicht öffentlich in Erscheinung. Gräfenberg wurde seit November 2006 inzwischen über 37-mal Ort von Demonstrationen und Aufmärschen, der Jungen Nationaldemokraten und der NPD – zuletzt auch sog. freier Kräfte. Auch in Hochfranken sind die Mitglieder des ehemaligen Kameradschaftsbundes nach der Trennung von der NPD weiterhin aktiv. Die Riege um Tony Gentzsch versucht mit dem Freien Netz Süd aktuell neue parteiunabhängige Strukturen als Gegenorganisation zur NPD auf- und auszubauen. Nachwievor bestehen enge Kontakte zur Kameradschaftsszene in der Oberpfalz, Thüringen und Sachsen.

Wenn wir Rechtsextremismus wirksam entgegentreten wollen, dann darf sich dieses Engagement nicht allein auf die Auseinandersetzung mit der NPD und rechtsgerichtete Aktivitäten innerhalb Oberfrankens beschränken. Auch die Wirksamkeit staatlicher Verbote muss vor diesem Hintergrund kritisch betrachtet und hinterfragt werden.

Wie ist nun rechtsextremen Aktivitäten in Oberfranken entgegenzutreten?

Jusos in der SPD

Innerparteiliches Engagement stärken – Wir wollen das Engagement gegen Rechtsextremismus innerhalb der eigenen Partei stärken und weiter ausbauen. Dazu gehört auch die Sensibilisierung der eigenen MandatsträgerInnen und FunktionärInnen von der Ebene der Ortsvereine bis hin zur Bezirksebene.

Vorhandene Kompetenzen nutzen – Wir haben in den eigenen Reihen qualifizierte ReferentInnen zum Problembereich Rechtsextremismus, in Bad Alexandersbad ist die bayerische Projektstelle gegen Rechtsextremismus angesiedelt und in Coburg ist ein mobiles Interventionsteam der Landeskoordinierungsstelle im Einsatz. Diese vorhandenen Kompetenzen müssen stärker vernetzt und Informationen ausgetauscht werden.

Über den Tellerrand hinausschauen – Rechtsextreme Aktivitäten machen nicht an Landkreis-, Bezirks- oder Landesgrenzen Halt. Es besteht eine enge Vernetzung auch in benachbarte Regierungsbezirke und Bundesländer. Das Engagement gegen Rechtsextremismus darf dem nicht nachstehen. Wir wollen in Runden Tischen den Informationsaustausch und die Vernetzung aller Verantwortlichen und Aktiven gegen Rechtsextremismus in Oberfranken und den benachbarten Regionen.

Ehrenamtliches Engagement gegen Rechtsextremismus stärken – Wir fordern auf Bezirksebene eine eigene Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus. Diese Stelle soll das ehrenamtliche Engagement vieler Demokratinnen und Demokraten in Oberfranken unterstützen und als regionale Anlaufstelle für die diversen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Eltern etc. dienen.

September 2009

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	Bundes-tagswahl
28	29	30				

Oktober 2009

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
			1	2	Tag der dt. Eim-	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	31	

Arbeit und Ausbildung - Für gute Arbeit und Perspektive

von Sebastian Fischer

Wir Jusos Oberfranken stehen für gute Arbeit: Jugendlichen und Arbeitssuchenden muss wieder eine Perspektive aufgezeigt werden. Die vermittelten und angebotenen Arbeitsplätze müssen dabei allerdings den Anforderungen an gute Arbeit entsprechen.

Für viele SchulabgängerInnen steht fest: Einen Job zu finden wird richtig schwer. Man bewirbt sich und es hagelt Absagen.

"Wer arbeiten will der findet auch Arbeit." - Das ist eine der größten Lügen unserer Gesellschaft. Noch immer stehlen sich einige Unternehmen aus ihrer Verantwortung ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir fordern daher ein Modell, welches Unternehmen unterstützt, die besonders viele Ausbildungsplätze bereitstellen. Dieses Modell soll von den Unternehmen finanziert werden, die für ihre Unternehmensgröße zu wenig ausbilden. Der „Pakt für Ausbildung“ hat gezeigt, dass eine reine Selbstverpflichtung der ArbeitgeberInnen nicht funktioniert. Im Zuge der aktuellen Wirtschafts– und Finanzkrise hat sich die Ausbildungssituation weiter verschärft. Die derzeitige Krise bestärkt zudem die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen. Es ist zu befürchten, dass feste, unbefristete Arbeitsverhältnisse zur Seltenheit werden. Familienplanungen von jungen Menschen werden da schnell wieder verworfen. Wir Jusos Oberfranken fordern daher den Missbrauch von Leiharbeit wirksam zu bekämpfen. Es ist nicht hinnehmbar, dass LeiharbeiterInnen mit geringeren Löhnen und Gehälter abgespeist werden. Wir fordern daher, dass die Löhne nach einer kurzen Einarbeitungszeit denen der Stammbelegschaft entsprechen müssen.

ArbeitnehmerInnenrechte schaffen Perspektiven und Planungssicherheit—sie dürfen nicht weiter beschnitten werden!

Gute Arbeit - was ist das? Unser Hauptanliegen ist, dass Arbeit angemessen bezahlt wird. Es kann nicht sein, dass Menschen Vollzeit arbeiten, aber dennoch auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind. Dies verstößt nicht nur gegen die Menschenwürde, sondern ist auch eine staatliche Subvention von Unternehmen, die ihre MitarbeiterInnen durch Niedrigstlöhne ausbeuten, weil sich ihr Geschäftsmodell sonst nicht trägt. Dadurch werden die Sozialsysteme fahrlässig ausgehöhlt und wir werden in Zukunft große Probleme mit Niedrigrenten bekommen. Deshalb ist klar: Es muss einen flächendeckenden, branchenspezifischen Mindestlohn geben. Weiterhin muss die Arbeit der Azubis entsprechend honoriert werden. Friseurinnen und Friseure erhalten gerade einmal 414 Euro/Monat (257 Euro in Ostdeutschland). Dies reicht insbesondere dann nicht aus den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren, wenn die Auszubildenden nicht mehr bei den Eltern leben. Wir sprechen uns daher für eine angemessene Mindestausbildungsvergütung aus.

Noch immer verstoßen einige Unternehmen bewusst beispielsweise gegen Bestimmungen zur Höchstarbeitszeit von Azubis und ArbeitnehmerInnen. Es müssen deshalb bundesweite Kampagnen gestartet werden, die die ArbeitnehmerInnen und besonders die Auszubildenden über ihre Rechte informieren. So ist es beispielsweise denkbar, dass diese Informationen im Rahmen des Berufsschulunterrichts durch bestimmte Kontaktpersonen vermittelt werden. Weitern müssen mehr feste Beratungsstellen geschaffen werden, die Betroffene beraten und wenn nötig auch rechtlich vertreten können.

Aber auch die Rechte der ArbeitnehmerInnen dürfen nicht ausgehöhlt werden. Zum Beispiel die betriebliche Mitbestimmung, haben sich die ArbeitnehmerInnen hart erkämpft. Sie sichert das Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen. Jedoch muss die Rolle der Jugendauszubildendenvertretung gestärkt werden. Auch der Kündigungsschutz gibt den ArbeitnehmerInnen Perspektive und Planungssicherheit. Dies Arbeitsgerichtsbarkeit stellt sicher, dass jedeR seine/ihre Rechte gerichtlich durchsetzen kann. Der Zugang dazu muss jedoch verbessert werden, indem das finanzielle Risiko für den/die KlägerIn gemindert wird.

Für dies Rechte stehen und kämpfen wir Jusos gemeinsam mit der SPD. Die Union und v.a. die FDP wollen sie hingegen beschneiden. Das darf nicht passieren!

IMPRESSUM

Das *Rote Bläddla* ist eine Publikation der Jusos Oberfranken.

V.i.S.d:P: Oliver Jauernig , c/o SPD
Moltkestraße 18
95028 Hof

Druck:: Eigendruck

Jusos in der SPD

Du findest uns auch im Web:
www.jusos-oberfranken.de

Die Jusos Oberfranken sind der Jugendverband innerhalb der oberfränkischen SPD. Wir sind oberfrankenweit in fünf Unterbezirken, zahlreichen Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften aktiv. Mitmachen kann bei uns jede/r, der /die zwischen 14 und 35 Jahren alt ist.

Wenn du also Lust hast, selbst aktiv zu werden, dich und deine Ideen mit einzubringen, dann schau doch einfach mal bei den Jusos vor Ort vorbei - oder melde dich bei uns über unsere Homepage. Gleiches gilt natürlich, wenn du Informationsmaterial zu unserer Arbeit und verschiedenen Themenbereichen erhalten möchtest.

Wir würden uns freuen von dir zu hören. Denn: Politik ist zu wichtig, um sie nur den „Alten“ zu überlassen!

Für ein modernes Familienbild und qualifizierte Betreuung

von Sebastian Fischer & Oliver Jauernig

Wir Jusos Oberfranken stehen für eine moderne Familienpolitik und für qualifizierte Ganztagsbetretung in Kindergärten und Schulen.

Oberfranken ist eine ländlich geprägte Region. ArbeitnehmerInnen müssen oft lange Fahrtstrecken zur Arbeitsstätte und zurück nach Hause auf sich nehmen. In vielen Fällen müssen beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen, um ihre Familie ernähren zu können. Diesem Sachverhalt muss in der Kinderbetreuung Rechnung getragen werden. Dazu gehören sinnvolle Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen. Diese sind häufig nur von 7:00 bis 16:30 Uhr geöffnet. Damit wird den Anforderungen einer Familie nicht genügend Rechnung getragen.

Noch schlimmer trifft dies alleinerziehende Mütter und Väter, die auf eine Vollzeitbeschäftigung angewiesen sind. Ohne Großeltern, Freunde oder Bekannte, welche stundenweise die Betreuung der Kinder übernehmen wäre es den Elternteilen nicht möglich, ihre Kinder angemessen und unabhängig von staatlichen Unterstützungsleistungen groß zu ziehen.

© Albrecht E. Arnold / PIXELIO

Kinder stellen berechtigte Ansprüche an ihre Eltern. Die normalsten Freizeitbeschäftigungen wie ein Schwimmbadbesuch können manche Familien nicht ohne weiteres schultern. Daher muss die existenzielle Grundsicherung sicher gestellt werden. Hierbei ist der flächendeckende, branchenspezifische Mindestlohn das geeignete Instrument.

Weitere hohe Kosten stellen der Kindergarten und die Nachmittagsbetreung dar. Diese sind je nach Kindergraten unterschiedlich hoch, liegen aber in etwa bei 110 Euro im Monat bei einer Betreuung von acht bis neun Stunden am Tag. Bei finanzschwachen Familien werden

Fortsetzung: Für ein modernes Familienbild und qualifizierte Betreuung

diese zwar vom Staat - teilweise vollständig - übernommen. Jedoch entstehen hier dennoch weitere Kosten. So liegen beispielsweise allein schon die Preise für ein Mittagessen bei circa drei Euro, hinzu kommen noch die Kosten für Getränke. Wir wollen, dass auch diese Ausgaben vom Staat übernommen werden. Der Kindergarten darf nicht zum Luxus werden. Wir Jusos stehen für einen kostenlosen ganztägigen Kindergartenbesuch anstelle von marginalen Erhöhungen des Kindergeldes.

Auf der anderen Seite der Thematik steht das Betreuungspersonal. Dieses muss sich stetig fortbilden, um den Anforderungen gewachsen zu sein. Wir Jusos haben erkannt, dass die Tätigkeit als KinderpflegerIn bzw. als ErzieherIn sehr anstrengend und belastend sein kann. Nicht jeder Mensch ist in der Lage über Jahrzehnte hinweg jeden Tag von früh bis spät zwanzig kleine Kinder zu betreuen, zu beschäftigen und zu erziehen. Daher stehen wir für eine qualifizierte Aus- und Fortbildung für KindererzieherInnen und ErzieherInnen, sowie eine faire und angemessene Bezahlung. Dabei muss insbesondere auch die lange Ausbildungsdauer bis zum / zur ErzieherIn als auch die besondere Verantwortung im beruflichen Alltag Berücksichtigung finden.

Das Familienbild in unserer Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich verändert. Frau und Mann gehen beide arbeiten. Neue Familienformen stellen unsere Gesellschaft vor neue Aufgaben und das bisherige Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen muss dieser Entwicklung folgen und entsprechend überprüft und weiterentwickelt werden. Für uns Jusos ist Familie dabei, wo Kinder sind– egal, ob es sich bei der Familie um eine sog. Patchwork-Familie handelt, um Alleinerziehende oder um gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Sie alle sind auf ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für ihre Kinder angewiesen. Dieses Angebot muss sich an der Lebenswelt der Familien orientieren und flexibler sein als dies noch vor Jahren der Fall gewesen ist.

Diesem Wandel ist das Kinderbetreuungssystem in unserem Land noch längst nicht gerecht geworden, vor allem in den ländlichen Räumen. Wir als Jusos Oberfranken setzen uns deshalb für eine moderne Familien- und Betreuungspolitik ein.

Ein starres Festhalten am konservativen Familienbild, wie es vor allen Dingen die CSU verfolgt, lehnen wir hingegen ab, da dies eindeutig an der Lebensrealität Tausender Menschen in unserer Region und unserem Land vorbeigeht.

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg - für eine sichere Zukunft!

von Oliver Jauernig

Die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder hat den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Gleichzeitig wurde der Bereich der erneuerbaren Energien stärker gefördert. Die Folge: Der Anteil der Kernenergie an der deutschen Stromversorgung ist zurückgegangen und im Bereich der regenerativen Energien sind circa 300.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Dessen ungeachtet versuchen Union und FDP den Ausstieg rückgängig zu machen. Vor allem die CSU versucht mit allen Mitteln die Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern. Nun hat der bayerische Umweltminister Söder einen neuen Vorstoß unternommen. Er verlangt von den Energieversorgern die Mitfinanzierung der Sanierung des Atomlagers Asse und Sozialtarife für ärmere Bürger. Im Gegenzug dürften die Unternehmen dann auch ihre Atommeiler länger laufen lassen.

Damit versucht Söder wieder einmal von den Realitäten abzulenken: Denn die Verantwortung für das einsturzgefährdete Atomlager Asse, dessen Sanierung auf bis zu fünf Milliarden Euro geschätzt wird, trägt Angela Merkel. Bereits im Februar 1996 berichtete der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Prof. Kaul, der damaligen Bundesumweltministerin Merkel über die Risiken durch Laugenzuflüsse in Asse II. Merkel hat darauf nicht reagiert, die damalige Regierung Kohl hat sich stattdessen zum Handlanger der deutschen Atomlobby gemacht. Bei der Bewertung des Lagers Gorleben wurden Gutachten geschönt und trotzdem hält die Union an dem Endlager fest.

Mit seinen aktuellen Vorschlägen versucht Söder auf plumpe Art das Vertrauen der Wähler in die Atomkraft und die CSU zu erkaufen. Dass sich die Betreiber der Atomkraftwerke an den Kosten für die Sanierung von Asse beteiligen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit – schließlich lagert dort ihr Müll. Und wer Sozialtarife für ökonomisch Schwache möchte, muss dies politisch auf den Weg bringen. Beides stellt sich unabhängig von der Frage der Laufzeiten!

Merkel, Söder und Co. erzählen nach wie vor das Märchen vom sauberen, billigen und unabhängigen Atomstrom. Die Realität ist indes eine andere: allein 2007 wurden dem Bundesamt für Strahlenschutz 118 meldepflichtige Ereignisse in deutschen Kernkraftwerken u. Reaktoren angezeigt—im vergangenen Jahr waren es immerhin 77. Die Vorfälle in Krümmel, Asse, Morsleben und Gorleben bestätigen in erschreckender Weise, dass Atomkraft eine Risikotechnologie ist. Wir Jusos wollen aber eine gute und keine „strahlende“ Zukunft für uns und unser Land.

Aus diesem Grund fordern wir Jusos das Festhalten am beschlossenen Atomausstieg und den verstärkten Ausbau von Wind– und Wasserkraft, Photovoltaik– und Biomasseanlagen. Darüber hinaus muss die Forschung im Bereich der Erneuerbaren Energien stärker gefördert werden, damit Deutschland seinen Wissensvorsprung in diesem Bereich erhalten und weiter ausbauen kann.

Atomkraft war, ist und bleibt eine Risikotechnologie!

Das schützt die Umwelt, sorgt für eine sichere Zukunft und schafft neue qualifizierte Arbeitsplätze. Auch hierüber entscheidet die Bundestagswahl am 27. September 2009!

Die Bundestagswahl am 27. September 2009 - wie geht`s?

Du bist das erste Mal zur Bundestagswahl aufgerufen? Du weißt noch nicht, wie das genau funktioniert? Kein Problem - hier kommt eine kleine Anleitung zum richtigen wählen:

Für die Bundestagswahl am 27. September 2009 hast Du zwei Stimmen: Deine Erststimme und Deine Zweitstimme. Mit Deiner Erststimme wählst Du den Direktkandidaten / die Direktkandidatin für Deinen Wahlkreis. Das ist dort, wo Du wohnst. Du entscheidest damit, wer Dich und Deine Interessen künftig in Berlin vertreten soll.

Für die SPD kandidieren

- im Wahlkreis Bamberg-Forchheim **Andreas Schwarz**,
- im Wahlkreis Bayreuth **MdB Anette Kramme,**
- im Wahlkreis Coburg-Kronach **MdB Carl-Christian Dressel,**
- im Wahlkreis Hof-Wunsiedel **MdB Petra Ernstberger,**
- im Wahlkreis Kulmbach **Claus Stenglein**.

Mit Deiner Zweitstimme wählst du eine Partei. Wenn ein Kandidat / eine Kandidatin nicht direkt gewählt wird, besteht noch die Möglichkeit über die Liste gewählt zu werden. Die Anzahl der Zweitstimmen, welche eine Partei auf sich vereint, ist dabei ausschlaggebend, wie viele Abgeordnete sie in den Bundestag entsenden darf.

Du konntest Dir auf den vorigen Seiten einen kleinen Einblick über uns und unsere Positionen verschaffen. Diese können wir und die SPD allerdings nur umsetzen, wenn wir mit einem guten Ergebnis aus der Bundestagswahl am 27. September 2009 hervorgehen!

Unterstütze uns dabei! Geh am 27. September 2009 zur Wahl und wähle mit beiden Stimmen SPD!

Solltest Du an der Wahlteilnahme verhindert sein, hast Du die Möglichkeit vorher per Briefwahl deine Stimme abzugeben. Die Briefwahlunterlagen kannst Du im Wahlamt Deiner Stadt– bzw. Gemeindeverwaltung beantragen.

Nähere Infos findest Du dazu auch unter www.briefwahlinfo.de!

Wir zählen auf Dich!